

Die Bedeutung der Betriebsgruppenschule

Bei der Überprüfung unserer politischen Bildungsabende zeigte sich, daß der Besuch der Bildungsabende in den Betriebsgruppen unvergleichlich höher ist als in den Stadtteilen. Dies wird besonders deutlich sichtbar an dem Beispiel einer Stadt, deren Bevölkerung überwiegend nicht aus Arbeitern besteht. Die Weimarer Bevölkerung setzt sich aus nur 23 Prozent Arbeitern zusammen. Die Bevölkerung ist stark kleinbürgerlich durchsetzt. Unsere Mitglieder sind daher in großem Umfange in den Wohnbezirksgruppen organisiert. Die Weimarer Organisation hat jetzt eine Statistik veröffentlicht, in der sie den Besuch der Bildungsabende in den Stadtteilen und Betriebsgruppen untersucht. Daraus ergibt sich folgendes:

In 15 Stadtteilen waren die Bildungsabende von 20 Prozent der Mitglieder besucht, in fünf Stadtteilen waren es 25 Prozent, in drei Stadtteilen 30 Prozent, in zwei Stadtteilen 50 Prozent und in einem Stadtteil 60 bzw. 80 Prozent der Mitglieder. Bei den Betriebsgruppen war das Verhältnis gerade umgekehrt. Nur in einer einzigen Betriebsgruppe betrug die Besucherzahl der Bildungsabende während der letzten drei Monate bloß 30 Prozent und in einem anderen Falle 40 Prozent der Mitglieder; in weiteren fünf Gruppen wurden 50 Prozent, in neun Gruppen 60 Prozent, in zehn Gruppen 70 Prozent, in acht Gruppen 80 Prozent und in acht Betriebsgruppen 90 Prozent aller Mitglieder als Teilnehmer der Bildungsabende gezählt. Diese Ziffern stellen den Durchschnitt der Besucherzahl der politischen Bildungsabende während der letzten drei Monate dar. Die Besucherzahl der einzelnen Bildungsabende schwankt sehr häufig.

Zu Themen, die allgemein interessieren, kommen fast sämtliche Mitglieder. Werden dagegen Themen behandelt, die kein so großes Interesse erwecken, so erscheint ein wesentlich geringerer Teil als sonst in den Bildungsabenden. Trotzdem läßt sich aus der Gegenüberstellung dieser Zahlen schon eine sehr wichtige Lehre ziehen, zumal dieses Weimarer Resultat auch in allen anderen Kreisen unseres Landes bestätigt wird.

Wir erreichen zahlenmäßig in den Betrieben zweifellos eine wesentlich höhere Beteiligung unserer Mitglieder an den politischen Bildungsabenden, als dies — besonders jetzt, während der Sommermonate — in den Wohnbezirken möglich ist. Viele Besucher unserer politischen Bildungsabende in den Wohnbezirken haben bei jeder Gelegenheit eine faule Ausrede. Im Sommer sagen sie, sie müssen ihren Schrebergarten bestellen, und im Winter ist es ihnen zu kalt. So kommt es, daß die Bildungsabende der Wohnbezirke in den meisten Fällen nicht ausreichend besucht sind. In dem Betrieb ziehen solche Ausreden aber nicht, und dort nimmt das Interesse für die Bildungsabende von einem Mal zum anderen zu. Ich glaube, daß diese Erfahrung verallgemeinert werden kann und alle Schulungsabteilungen veranlassen sollte, die Durchführung politischer Bildungsabende in den Betrieben anzustreben.

Muß der Besuch der Kreisparteischulen nachlassen?

In vielen Kreisparteischulen läßt der Besuch sehr zu wünschen übrig. Unsere Partei in Thüringen hat eine Untersuchung darüber angestellt, warum manche Genossen und Genossinnen nicht auf die Kreisschule gehen, obwohl sie von ihren Wohnbezirks- bzw. Betriebsgruppen dazu vorgeschlagen wurden. Die wesentlichsten Feststellungen sind folgende:

Erstens haben manche Genossen und Genossinnen Angst vor dem Schulbesuch. Sie fürchten, sich zu blamieren und ihren Ruf, den sie bisher als Funktionäre hatten, zu verlieren, wenn sie auf der Schule schlecht abschneiden würden. Ihre Furcht ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß Schüler, die auf der Kreisparteischule waren, nach ihrer Rückkehr mit ihrem Wissen protzen und großspurig über die „Schwierigkeiten des Unterrichts“ usw. reden. Diese Prahlereien einiger Genossen hält manchen guten Ge-

nossen von dem Schulbesuch zurück. Das Übel ist verhältnismäßig leicht zu bekämpfen. Unsere Funktionäre in den einzelnen Wohnbezirken und Betriebsgruppen müssen eine systematische Propaganda über den Sinn und die Bedeutung der Kreisschulen durchführen. Alle Genossen sollen überzeugt werden, daß die Kreisschule von jedem Mitglied besucht werden kann und daß die Anforderungen, die von der Kreisschule gestellt werden, von jedem Genossen und jeder Genossin erfüllt werden können. Außerdem dürfte es zweckmäßig sein, die Schüler bei ihrer Verabschiedung nach einem Lehrgang aufzufordern, sich in einem positiven und guten Sinne als Propagandisten der Schule zu erweisen und alle Renommisterei zu vermeiden.

Der zweite Grund, aus dem viele Genossen und Genossinnen von dem Besuch der Kreisschule Abstand nehmen, trotzdem sie persönlich gern dazu bereit wären, ist bei der augenblicklichen Notlage schwerer zu überwinden. Die Genossen und Genossinnen sagen, daß sie es nicht verantworten können, von ihren Familien wegzugehen, weil sie für ihre Angehörigen Holz schlagen und für den Winter Heizung heranschaffen müssen oder weil sie ihr Stückchen Land zu bebauen und zu pflegen haben, damit ihre Ernährung gesichert ist usw. Das ist verständlich. Aber ich glaube, daß es auch hier einen Ausweg gibt. Seit langem ist es gang und gäbe, daß z. B. den Frauen von Kriegsgefangenen bei der Bestellung der Felder und überhaupt bei der landwirtschaftlichen Arbeit in den Dörfern durch Nachbarn geholfen wird, bis der Mann aus der Gefangenschaft zurückkommt. Eine solche kameradschaftliche Hilfe müßte auch in unserem Falle möglich sein. Jede Parteigruppe, die einen Genossen oder eine Genossin zur Kreisschule schickt, müßte sich verpflichten, während des Kreisschullehrganges die Patenschaft für die Familie des Genossen oder der Genossin zu übernehmen. Wie sollten z. B. sonst jemals Hausfrauen unsere Schule besuchen können, wenn sie ihre drei- und vierjährigen Kinder 14 Tage lang unversorgt und ohne Aufsicht lassen müßten? Auch eine solche Versorgung und Aufsicht muß und kann durch die Wohnbezirks- bzw. Betriebsgruppe organisiert werden. Ich meine daher, daß die Partei in den Wohnbezirken und Betriebsgruppen solche Patenschaften für unsere Kreisschüler schaffen und ausbauen sollte; dann wird eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten, auf die der mangelhafte Besuch der Kreisparteischulen zurückzuführen ist, beseitigt werden können.

Stefan Heymann

In der Kreisparteiisdule Kaulsdorf Berlin

